



Munich Personal RePEc Archive

African refugees and migrants: 'rush on the prosperity-fortress Europe'?

Kohnert, Dirk

Institute of African Affairs, GIGA-Hamburg

1993

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/82176/>

MPRA Paper No. 82176, posted 24 Oct 2017 23:52 UTC

Afrikanische Flüchtlinge und Migranten: "Sturm auf die Wohlstandsfeste Europa" ?

Dirk Kohnert (1)

Abstract: [African refugees and migrants: 'the rush on the prosperity-fortress Europe'?] Africans flee from war and threatening starvation, because of political persecution, or "only" to improve their earning- and life prospects. Often more than one reason determines the decision of people to leave their home. The boundaries between flight for political persecution or 'just' emigration are fluid. In view of the extent of the new migration, the misery of the refugees also has a central political dimension. Refugees and migrants become the scapegoats of politicians, the pawns in the chess of strategic groups (at home and overseas) for influence, power and money.

1. Flüchtlinge: Spielball der Politiker

Seit dem Zusammenbruch diktatorischer politischer Systeme im ehemaligen Ostblock und in Afrika ist das Flüchtlingsproblem zu einem der zentralen Probleme der Menschheit geworden, dem sich auch Europa nicht entziehen kann. Heute haben weltweit Flüchtlingsbewegungen ein in der Menschheitsgeschichte nie geahntes Ausmaß angenommen. Es kommt nicht von ungefähr, daß Afrika weltweit am stärksten von den Flucht- und Wanderungsbewegungen betroffen ist (). Afrika steckt seit über einem Jahrzehnt in einer tiefgreifenden strukturellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Krise. Dieser Kontinent weist nicht nur den größten Anteil der ärmsten Länder dieser Welt auf, sondern auch ein Drittel der derzeit ca. 17 Mio Flüchtlinge dieser Erde. Die Zahl der Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten hat sich in den letzten zwanzig Jahren vervierfacht; hinzu kommen allein im südlichen Afrika schätzungsweise 10 - 12 Mio sogenannte "Binnenflüchtlinge", d.h. durch Bürgerkrieg, Umweltzerstörung etc. entwurzelte Menschen innerhalb eines Landes, wie etwa in Südafrika (4 Mio), Mosambik (2 Mio), Angola (0,8 Mio) oder auch in anderen afrikanischen Krisenregionen wie Sudan (4,7 Mio), Somalia (1 Mio), oder Äthiopien/Eritrea (1 Mio) (Stand: 1991; World Refugee Survey 1992:34).

Afrikaner flüchten vor Krieg und drohendem Verhungern, auf Grund politischer Verfolgung oder auch "nur", um ihre Verdienst- und Lebenschancen zu verbessern. Oft bestimmt mehr als ein Grund die Entscheidung der Menschen ihre Heimat zu verlassen. Die Grenzen zwischen Flucht oder Auswanderung sind fließend. Dementsprechend gibt es eine Vielzahl von Definitionen und Typologien, die versuchen, dieses Phänomen möglichst realitätsgerecht einzufangen: man unterscheidet zwischen Elends- und Armutsflüchtlingen, Asylsuchenden, Arbeitsmigranten oder "Wirtschaftsflüchtlingen", etc.. Auf die oft scholastisch anmutende Kontroverse um die "richtige" Begriffsdefinition soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden. Eine pauschale Diffamierung der Asylbewerber als "Wirtschaftsflüchtlinge" wird den realen Ursachen und Problemen der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen jedenfalls nicht gerecht und ist auch aus ethischen Gründen fragwürdig. Daher wird im folgenden nicht nur auf

die Situation der Flüchtlinge im engeren Sinne der UNHCR-Definition () eingegangen, sondern auch auf die Lage afrikanischer Migranten in Europa generell.

Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden - wie die folgenden beiden Beispiele zeigen - zum Spielball der Politiker, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld. Selbst angesehene afrikanische Staatsmänner, wie der senegalesische Staatspräsident Diouf, warnen die wohlhabenden Länder des Nordens, insbesondere die Europäer, vor einer einsetzenden Flut afrikanischer Migranten, die durch keine gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen aufzuhalten sei und geradezu apokalyptische Ausmaße annehmen könne, analog dem Einfall mongolischer "Horden" in Westeuropa im Mittelalter (). Sicherlich haben die Regierenden auch ein Interesse an der Verbesserung der Lage der Bevölkerung in ihren Ländern; die Verbreitung solcher "Horror-Szenarien" dient aber nicht zuletzt auch politischen Motiven: Flüchtlinge werden zum Faustpfand der Staatsklasse in den Entwicklungsländern im Kampf um die Pfründe der Entwicklungshilfe. Ob Afrikaner wie Diouf politisch klug handeln, wenn sie afrikanische Flüchtlingsströme mit der in rechten Kreisen Europas geschürten Angst vor "dem schwarzen Mann" und der "gelben Gefahr" assoziieren, sei dahingestellt. Jedenfalls wird die Entwicklungshilfe auch in den Geberländern wie Deutschland zunehmend weniger vom Argument der Verteilungsgerechtigkeit oder dem weltweiten Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte bestimmt, sondern vom Argument der "Fluchtursachen-Vermeidung". Die gegenwärtige kurzsichtige Allianz von Innen- und Entwicklungspolitik geht davon aus, daß mit jeder Mark, die wir hier für die "kostspieligen Asylanten" aufbringen müssen, in Afrika Dutzenden von Menschen direkt vor Ort geholfen werden könne. Wie Innenminister Schäuble und Entwicklungshilfeminister Spranger in den letzten Jahren mehrfach betonten, ist Entwicklungshilfe nicht zuletzt deswegen geboten, weil wir sonst bald die Konsequenzen zunehmenden Elends in der Dritten Welt innerhalb unserer eigenen Grenzen verspüren werden.

Bisher konnte diese simple Rechnung - Fluchtursachenbekämpfung vor Ort gleich sinkende Asylbewerberzahlen - durch keine empirisch fundierte Daten belegt werden. Überhaupt krankt die gegenwärtige Diskussion um afrikanische Flüchtlings- und Migrationsströme nach Europa an einem Mangel an konkreten Informationen und Daten. Ziel dieses Beitrages ist daher zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa; sodann sollen weitere Schlüsselfragen beantwortet werden:

- (1) Wieviele Afrikaner sind bisher nach Europa gekommen und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Länder ?
- (2) In welcher Relation stehen die Migrantenströme aus Afrika zu denen aus der übrigen Dritten Welt und aus Osteuropa ?
- (3) Welche Bedeutung haben afrikanische Auswandererbewegungen nach Europa im Verhältnis zu den Flüchtlingsströmen innerhalb Afrikas ?
- (4) Wo liegen die Ursachen der Migration in und aus Afrika ?
- (5) Welches sind die Schwerpunkte und Hauptwege der afrikanischen Wanderungsbewegung nach Europa ?
- (6) In welchem Verhältnis stehen Kosten und Nutzen der afrikanischen Wanderungsbewegungen nach Europa aus sozio-ökonomischer und humanitärer Sicht ?

Am Schluß steht der Versuch, Antworten auf die entscheidende Frage zu finden, was können wir tun, um den Problemen der Flüchtlinge und Migranten gerecht zu werden ?

2. Afrikanische Flüchtlinge in Europa

2.1 Verteilung auf Einzelstaaten: Bestandsaufnahme und Trends

Die Wanderungsbewegungen von Afrikanern nach Europa ab seit den 80er Jahren folgten dem weltweit zu beobachtenden Migrationstrend (s. OECD 1992:13-14), der gekennzeichnet ist durch einen beschleunigten Zuwachs der Flüchtlingszahl, durch Globalisierung, d.h. immer mehr Länder der Welt (insbesondere in Afrika) sind von der Flüchtlingsbewegung betroffen, und durch Regionalisierung, d.h. die Migrationsströme konzentrieren sich jeweils geographisch auf bestimmte Herkunftsländer (z.B. Konflikttherde) und Empfängerländer (z.B. Deutschland).

Die genaue Erfassung der Wanderungsbewegungen nach Europa ist aus einer Vielzahl statistischer und administrativer Gründe so gut wie unmöglich. Es können allenfalls wohlinformierte Schätzungen abgegeben werden. Dieses ist bei der Interpretation der im folgenden angegebenen Daten stets zu berücksichtigen. Ein Vergleich der Zahl der Asylbewerber wird allein dadurch erschwert, daß Erfassung und Entscheidung über einen Asylantrag nicht notwendigerweise im selben Jahr erfolgen; zwar sind häufig die Anerkennungsquoten bekannt, aber es existieren keine verlässlichen Unterlagen darüber, ob die Asylbewerber im Falle der Ablehnung wirklich alle das Land verlassen haben. Viele Flüchtlinge beantragen außerdem gleichzeitig in mehreren Ländern Asyl, oder sie tauchen unter. In Frankreich verlassen z.B. nur etwa die Hälfte der jährlich zur Abschiebung verurteilten Menschen das Land (Financial Times, 06.04.93). In der Schweiz stellten die Behörden fest, daß im Jahre 1990 etwa 8.600 Bewerber nicht mehr auffindbar waren (OECD 1992:20).

Bei der statistischen Erfassung ist zunächst zu unterscheiden zwischen dem Bestandsgrößen (dem bis zu einem bestimmten Zeitpunkt akkumulierten Nettobestand an Flüchtlingen und Migranten) und Strömungsgrößen (den Wanderungsbewegungen während eines bestimmten Zeitraumes; z.B. Jan. bis Dez. 1992). Ein Vergleich des "Bestandes" an Flüchtlingen und Migranten in einzelnen europäischen Ländern wird u.a. dadurch erschwert, daß die Einwanderungs- und Asylpolitik und -gesetzgebung je nach Land stark variiert. So hängt die Einbürgerungsquote unter anderem davon ab, ob dem Einbürgerungsgesetz die Philosophie völkischer Blutsbande (jus sanguinis) zu Grunde liegt, wie in Deutschland (1 %), Schweden (3,7 %) oder der Schweiz (0,8 %), oder das Prinzip des Geburtsortes (jus soli), wie in Frankreich (2,5%) oder Großbritannien (2,9 %). Beim Vergleich der Bestandszahlen von Ausländern in Europa (1980 - 1990) fallen legal in den einzelnen Ländern lebende Afrikaner praktisch nur in den ehemaligen Kolonialländern, insbesondere in zwei Staaten, ins Gewicht (s. OECD 1992:135 - 140): in Großbritannien ist das Kontingent an Afrikanern mit mindestens 76.000 am größten; bemerkenswert ist hier eine leichte Zunahme der Westafrikaner von 28.000 auf 39.000 in den Jahren 1984 bis 1990, während die Zahl der Personen aus Ostafrika im gleichen Zeitraum von 51.000 auf 37.000 zurückging. Belgien beherbergt eine große Gemeinde von Staatsangehörigen aus Zaire (12.000, Stand: 1990); ein ungelöstes Problem ist hier das Schicksal der auf etwa 90.000 geschätzten illegalen Einwanderer, unter denen sich auch viele abgelehnte Asylbewerber befinden. In Schweden lebt eine relativ große Gruppe von Äthiopiern und Eritreern, die innerhalb eines Jahrzehnts von 1.200 (1980) auf 7.900 (1990) anwuchs. In Frankreich und Deutschland sind unter den ersten zehn (erfaßten) Ausländergruppen keine Schwarzafrikaner vertreten. Das Jahrbuch 1992 des Statistischen Bundesamtes weist für das frühere Bundesgebiet Deutschland im Jahre 1990 einen Netto-Zuzug von 20.454 Menschen aus

Afrika südlich der Sahara aus. Die in Frankreich lebenden Schwarzafrikaner sind gemäß einer Fallstudie der OECD von 1986 zu beinahe 70 % Wolof, Toucoulor und Sonike aus dem Senegambia-Raum Westafrikas, davon allein 60.000 Malier, von denen die Hälfte in der Illegalität lebt. Für die übrigen westeuropäischen Staaten liegen keine verlässlichen quantitativen Angaben vor; in Italien wird allein die Zahl der illegalen Einwanderer aus Afrika (inklusive Nord-Afrika) auf gegenwärtig 1,5 Mio. und in Spanien auf mindestens 1 Mio. geschätzt (SEF 1992:96). In Portugal hielten sich 1992 legal etwa 40.000 und illegal 100.000 Afrikaner - zumeist aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien - auf.

Was die aktuellen Ströme afrikanischer Asylbewerber nach Europa angeht, so beziehen sich die neuesten vergleichbaren Zahlen auf das Jahr 1991. Insgesamt kamen die meisten Asylbewerber (45 %) aus dem westafrikanischen Raum (s. Tab. 1). In Bezug auf Westeuropa als Ganzes führen - wie zu erwarten war - aktuelle Krisenregionen, wie Zaire oder Somalia, die Liste der Herkunftsländer an. Bemerkenswerterweise waren in Deutschland - dem weitaus größten europäischen Aufnahmeland afrikanischer Asylbewerber (40 %) - jedoch nicht die aktuellen Krisenherde Afrikas am stärksten vertreten, sondern Nigeria und Ghana. Es wäre jedoch voreilig, daraus den Schluß ziehen zu wollen, hier handele es sich überwiegend um "Wirtschafts-Flüchtlinge". Auch in diesen Herkunftsländern gibt es eine Vielzahl interner Gründe für politische Verfolgung (s. Kap. 3), die angesichts der Größe dieser Länder schnell zu Buche schlagen. Gleichwohl spielt in diesen Fällen sicherlich eine Rolle, daß Ghanaer und Nigerianer in Deutschland auf das Solidarhilfe-Netz einer schon in früheren Jahren etablierten Gemeinschaft von Landsleuten bauen konnten.

Tabelle 1: (n.a.)

Der allgemeine Wachstumstrend der Asylbewerberzahlen in Deutschland im Jahre 1992 (durchschnittlich 71,1 % gegenüber dem Vorjahr) setzte sich auch in Bezug auf Afrika (+ 56,4 %, s. Tab. 2 und Schaubild 2) fort. Nur ein verschwindend geringer Bruchteil dieser Asylbewerber wurde tatsächlich auch anerkannt: Die Anerkennungsquote lag in Deutschland 1992 - wie auch schon im Vorjahr - bei den wichtigsten afrikanischen Herkunftsländern unter 1 %: Nigeria 0,1 %, Zaire 0,2 % und Ghana 0,3 %. Dies entspricht der seit 1985 verschärfte Anerkennungspraxis des Bundesamtes in Zirndorf, von der nur die Flüchtlingsregionen Äthiopien und Sudan (Anerkennungsquote 1992 je 15 %) ausgenommen waren (). Die Anerkennungsquote afrikanischer Asylbewerber (inklusive Nord-Afrika) lag in Deutschland 1992 mit durchschnittlich 1,2 % um zwei Drittel niedriger als im ohnehin schon niedrigen Gesamtdurchschnitt für alle Asylbewerber (4,3 %). Auch in Frankreich haben Schwarzafrikaner von allen Asylbewerbern die niedrigste Anerkennungsrate. Sie lag allerdings 1991 mit 6,4 % immerhin noch doppelt so hoch wie in Deutschland im gleichen Jahr (). Das deutet darauf hin, daß es Afrikaner im Vergleich zu ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders schwer haben, Anerkennung zu finden. Es wäre aber leichtfertig, diese Tatsache einfach mit dem Hinweis auf eine größere Mißbrauchrate abzutun; vermutlich haben Schwarzafrikaner auch bei den Behörden - ebenso wie bei der Bevölkerung Europas im allgemeinen - unter besonders ausgeprägten rassistischen Vorurteilen zu leiden.

2.2 Afrikanische Einwanderer in Europa im Verhältnis zu Einwanderern aus anderen Regionen

Der weitaus größte Teil der gegenwärtig über 20 Mio. Einwanderer in Westeuropa stammt aus anderen europäischen Ländern und nur 35 % aus der Dritten Welt. Dieser seit 1989 erheblich verstärkte Trend der europäischen Binnenwanderung in Ost-West Richtung wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiter anhalten. Nur ein Bruchteil dieser Migranten

sind jedoch Asylsuchende oder Flüchtlinge. Bei letzteren war das Verhältnis bis vor kurzem eher umgekehrt: Mehr als 60 % der 1,3 Mio. Asylbewerber, die zwischen 1983 und 1989 nach Europa kamen, stammten aus Ländern der Dritten Welt. Zwar nehmen diese Flüchtlingsströme in absoluten Zahlen weiter zu, sie werden derzeit aber überlagert von Flüchtlingsströmen aus Süd- und Osteuropa.

Rund zwei Drittel aller erfaßten "legalen" Flüchtlinge in den EG-Staaten kommen heute nach Deutschland. Relativ - in Bezug auf das Verhältnis "Flüchtlinge zu Einwohnern" - liegt Deutschland mit 1/869 (Stand: 1990; ohne Auslandsdeutsche) jedoch noch am unteren Ende der Skala hinter Schweden (1/71) oder Frankreich (1/283) und vor Spanien (1/1.007) oder Großbritannien (1/3.860); alle europäischen Staaten werden aber weit abgeschlagen von afrikanischen Asylländern wie Guinea (1/13) oder gar Malawi - wo auf jeden zehnten Einwohner ein Flüchtling entfällt (World Refugee Survey - 1992:35/36). Der rasante Anstieg der Asylbewerberzahlen ist auch in Deutschland in erster Linie auf eine innereuropäische Flüchtlingswelle, den zunehmenden Wanderungsdruck aus den ehemaligen Ostblockländern zurückzuführen. Während bis 1987 drei Viertel der Flüchtlinge nach Deutschland aus Ländern der Dritten Welt und ein Viertel aus europäischen Staaten kamen, hat sich das Verhältnis nach dem Zusammenbruch des Ostblocks umgekehrt. Der Anteil afrikanischer Asylsuchender in Deutschland schwankte im letzten Jahrzehnt zwischen 6 und 18 % (im Durchschnitt der letzten elf Jahre 11 %; s. Tab. 2).

Tabelle 2: und Schaubild 1 und 2 (n.a.)

1992 entfielen auf europäische Asylsuchende (insbesondere aus Ost- und Südeuropa) in Deutschland 70,7 % und auf Asylbewerber aus Schwarzafrika 12 %. Absolut gesehen stiegen die Asylanträge von Afrikanern in den letzten 12 Jahren zwar um mehr als das Siebenfache (s. Tab. 2), aber angesichts eines noch größeren Zustroms innereuropäischer Asylbewerber ging der afrikanische Anteil relativ zurück und stieg erst in den letzten drei Jahren wieder leicht an (s. Schaubild 1). So sarkastisch das klingen mag; die Weltentwicklung bewirkt, daß Afrika auch in Bezug auf das vermeintliche politische "Faustpfand" der Drohung mit dem Ansturm von Migranten auf die Wohlstandsfeste Europa marginalisiert wird.

Nicht alle westeuropäischen Staaten sind jedoch gleichermaßen von dieser innereuropäischen Flüchtlingswelle betroffen; neben Deutschland sind es hauptsächlich Österreich, Italien, Finnland und Schweden. In Frankreich verdoppelte sich der Anteil der Afrikaner an der Gesamtzahl der Asylbewerber in einem Jahrzehnt von 20 % (1981) auf 40 % (1991). In anderen westeuropäischen Staaten, wie Belgien (39 %) oder Großbritannien (61 %), liegt der Anteil der Flüchtlinge aus Afrika ebenfalls wesentlich über dem Durchschnitt (Stand: 1991; ECRE 1992:77). Von den insgesamt 430.815 Asylsuchenden in Westeuropa waren 1991 etwa 76.000 (18 %) Afrikaner.

2.3 Flüchtlinge innerhalb Afrikas: Verlagerung der Flüchtlingsströme von Europa in die Dritte Welt

Während Europa in den vergangenen Jahrhunderten selbst zu den wichtigsten Auswanderungsgebieten zählte - insgesamt gingen 29 Mio Menschen von Europa nach Amerika - hat sich spätestens seit dem Beginn der 60er Jahre der Migrationstrend umgekehrt. Die Schwerpunkte der Flüchtlingsströme haben sich von Europa in die Dritte Welt verlagert.

Die Zahl der Flüchtlinge (gemäß UNHCR-Definition) wuchs z.B. in Afrika in den 80er Jahren von 900.000 auf 4,6 Mio. um das Vierfache an, in Europa dagegen nur um 0,2 % auf insgesamt 830.000 (Stand 1990; SEF 1992:101). Die größten Aufnahmeländern der weltweit 16,6 Mio. Flüchtlinge im Jahre 1991 sind nicht die Industrie- sondern Entwicklungsländer, allen voran Pakistan (3,6 Mio.) und Iran (3,2 Mio.). 8 der 20 größten Aufnahmeländer sind schwarzafrikanische Staaten wie Malawi (950.000), Sudan (717.200), Guinea (566.000), Äthiopien (534.000), Zaire (482.300), Tanzania (251.100), Côte d'Ivoire (240.400) und Südafrika (201.000) (Stand: 31.12.91; s. World Refugee Survey - 1992:32/33). Mit jedem neu aufbrechenden Krisenherd verlagert sich der Wanderungsdruck auf unterschiedliche afrikanische Subregionen, doch insgesamt gesehen verstärkt sich das Flüchtlingsproblem von Jahr zu Jahr in Afrika, das angesichts seiner Wirtschaftskrise und unzulänglichen Wirtschaftsstruktur ungleich schwerer an diesem Flüchtlingsstrom zu tragen hat als die relativ prosperierenden westeuropäischen Staaten. Bevölkerungswanderungen sind in der Geschichte Afrikas nicht unbekannt; sie haben eine lange Tradition. Gemessen an den immensen Migrationsströmen innerhalb Schwarzafrikas, die heute mit ca. 35 Mio. beinahe die Hälfte der weltweiten Wanderungsbewegungen (80 Mio.) ausmachen, erscheinen europäische Ängste vor einem überbordenden Zustrom von Afrikanern eher als kleinlich und egoistisch.

3. Ursachen und Auswirkungen der afrikanischen Flüchtlingskrise

Die Ursachen der afrikanischen Flüchtlingskrise sind bekannt und bereits vielfach detailliert analysiert worden (). Daher sollen sie hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen werden: Bürgerkriege und Verfolgungen bis hin zum Völkermord, politische Repression durch Unrechtsregime, Hunger und Armut - verursacht durch soziale und ethnische Konflikte aber auch durch zunehmend fühlbare Auswirkungen rücksichtsloser Umweltzerstörung - Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne, etc. Die Wurzeln dieser Krise reichen bis in die koloniale Vergangenheit; die Ursachen sind sowohl externer Natur (z.B. koloniale Ausbeutung und ungerechtes Weltwirtschaftssystem) als auch hausgemacht (z.B. autokratische Regime, Korruption und Mismanagement auf allen Ebenen staatlicher Administration).

Sowohl die Gründe als auch die Auswirkungen der Migration unterscheiden sich je nach Gruppen-oder Schichtzugehörigkeit. Der in Europa bekannteste und umstrittenste Unterschied in den Auswanderungsmotiven spiegelt sich in der Unterscheidung zwischen "politisch Verfolgten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" wider. Wollte man die Anerkennungsrate afrikanischer Asylbewerber (s. Tab. 1) als Maßstab nehmen, so handelte es sich bei der überwältigenden Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge in Europa um "Wirtschaftsflüchtlinge". Es ist aber offensichtlich, daß die Anerkennungsrate afrikanischer Flüchtlinge, die in den beiden letzten Jahrzehnten in Schnitt beträchtlich gesunken ist, nicht zuletzt von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Opportunitäts Gesichtspunkten bestimmt wird und daher kein objektiver Maßstab der Beweggründe der Migration sein kann. Sicherlich ist nicht zu leugnen, daß das Wohlstandsgefälle, bessere Ausbildungschancen, etc. viele Afrikaner zur Wanderung nach Europa bewegen. Sicherlich handelt es sich bei einem großen Teil der Afrikaner aus der Mittel- und Oberschicht in Europa eher um Arbeitsmigration denn um Flucht vor politischer Verfolgung. Afrika ist von dem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, die in die Industrieländer abwandern, innerhalb der Dritten Welt besonders hart getroffen: von 1960 bis 1987 wanderte nahezu ein Drittel der qualifizierten Arbeitskräfte aus Afrika (Ärzte, Lehrer und andere Akademiker, Ingenieure, etc.) nach Europa ab (Human Development Report, 1992:57). Daneben gibt es eine noch größere Zahl ungelerner afrikanischer Arbeitskräfte in Europa, die zum großen Teil in der Illegalität leben (s. Kap. 2.1) und die am schlechtesten bezahlten und unbeliebtesten Arbeiten erledigen, falls sie überhaupt Arbeit finden. Andererseits

sind aber gerade die Intellektuellen die Wortführer politischer Opposition - in Afrika ebenso wie bei uns -, und daher ist der Anteil politisch Verfolgter in dieser Schicht besonders hoch.

Auch die Auswirkungen der Flüchtlingskrise sind schicht- und gruppenspezifisch. Alte Menschen, Frauen und Kinder haben am meisten unter den Ursachen und Folgen der Flüchtlingskrise zu leiden. Auf Grund ihrer körperlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Schwäche ist für sie in der Regel der Weg nach Europa verbaut; diesen Weg treten nicht die Schwächsten der Gesellschaft an, sondern die Jungen und Agilen. Von ihnen kann auch ihre Familie, ihr Dorf am ehesten Geldüberweisungen und andere materielle Zuwendungen aus der Ferne erwarten; die Migranten werden daher nicht selten dementsprechend bei der Auswanderung unterstützt. Andererseits ist es gerade diese soziale - von den Jungen oft als ungerecht empfundene - Verpflichtung dörflicher Solidarsysteme in Afrika zum Teilen, und die Angst vor entsprechend harschen Sanktionen bei individueller Akkumulation, die so manchen Afrikaner bewegt, sein Heil in der Ferne zu suchen, bzw. die ihn davon abhält, wieder in die Heimat zurückzukehren.

4. Hauptwege afrikanischer Flüchtlingsströme nach Europa

Über die Hauptwege afrikanischer Einwanderer nach Europa ist wenig bekannt, nicht zuletzt deswegen, weil viele Asylsuchende und Migranten illegal einwandern. Auch hier sind schichtspezifische Unterschiede zu vermuten. Die besser Gestellten reisten bisher mit dem Flugzeug oder Schiff nach Europa, ein Weg, den die betroffenen europäischen Staaten zunehmend erschweren. So führte Frankreich im Juli 1991 eine Visumspflicht für Transitreisende u.a. für Angola, Äthiopien, Ghana, Somalia und Zaire ein, weil aus diesen Ländern typischerweise Transitreisende mit anderen Zielländern einreisen, um dann in Frankreich Asyl zu beantragen. Großbritannien führte im März 1991 Visumzwang für Uganda ein; die Hälfte der hier im Jahre 1990 ausgewiesenen 2.150 illegalen Einwanderern waren Afrikaner.

Die Masse der Armen wandert nach wie vor illegal ein: sei es über die "Straße der Schwarzen" (die Meerenge von Gibraltar) oder den "islamischen Bogen", d.h. über die islamischen Länder Nordafrikas, des Vorderen Orient und Vorder-Asiens sowie die anschließenden osteuropäischen Staaten, insbesondere Bulgarien und Rumänien. Für eine Gruppe im Planungsstab des deutschen Auswärtigen Amtes, die sich unlängst mit den zukünftigen Dimensionen der Einwanderung befaßte, kann dieses Einfallstor zu dem werden, was Mexiko bereits für die USA ist: ein Flüchtlingsweg, der auch durch noch so scharfe Grenzüberwachung nicht zu kontrollieren ist (s. Spiegel N° 51/1992). Die "Völkerwanderung der Entrechteten" über die Straße von Gibraltar - seit einigen Jahren fest in der Hand von skrupellosen Schlepperbanden - ist bereits für viele zum Grab geworden. Seit dem ersten vom Roten Kreuz offiziell registrierten Schiffsuntergang mit afrikanischen Flüchtlingen am 2.11.1988 hat sich die Situation durch die Einführung des Visumzwanges in Spanien ab Mai 1991 (im Rahmen des Schengener-Protokolls) und die strengeren Grenzkontrollen der "boat people" in Marokko ab Oktober 1992 weiter verschärft ().

5. Kosten und Nutzen der Migration

Die Diskussion um Kosten und Nutzen der Migration wird in der europäischen Bevölkerung und Politik einseitig beschränkt auf die Sichtweise der Kosten, die Asylbewerber dem Empfängerland verursachen. Bemühungen um eine vorurteilslose Behandlung dieser Frage

werden dabei von interessierter Seite oft torpediert durch politische Meinungsmache mit verdeckten Nebenzielen, die sich an diffusen Ängsten der heimischen Bevölkerung um "Besitzstandsicherung" festmachen, etwa nach dem gängigen Slogan "das Boot ist voll". Dabei wird oft vergessen, daß die meisten Industrieländer mittel- und langfristig ein bestimmtes Kontingent an Einwanderern brauchen, um der Überalterung der Bevölkerung durch die Einwanderung junger und mobiler Arbeitskräfte zu begegnen und so ihren gewohnten Lebensstandard halten zu können (s. OECD 1992:15 - 29). Migranten sind daher in der Geschichte Deutschlands und Europas schon öfter, gerade wegen ihrer Mobilität und Innovationsfreudigkeit, besonders umworben gewesen (s. z.B. Preußens Werbung um die Hugenotten im 17. Jh. oder Deutschlands Werbung um italienische, türkische oder jugoslawische Gastarbeiter in den 60er Jahren). Wie viele Einwanderer ein Land braucht, und mit welchen Qualifikationen, ist freilich eine offene Frage.

Die staatlichen und volkswirtschaftlichen Kosten der gegenwärtigen Flüchtlingswelle innerhalb Westeuropas sind ungleich verteilt. Deutschland, das 440.000 der insgesamt 670.000 Asylbewerber des Jahres 1992 in Westeuropa beherbergte, ist davon besonders stark getroffen. Der Mangel an Solidarität zwischen den EG-Partnern und zwischen Deutschland und seinen osteuropäischen Nachbarn ist kurzsichtig, wegen der unabsehbaren politischen, ökonomischen und sozialen Folgen (s. u.). Andererseits ziehen aber sowohl Empfänger- als auch Herkunftsländer aus der Migration durchaus auch kurzfristig Gewinn, z. B. durch Ausbeutung billiger mobiler Arbeitskraft, durch induzierte Güter- und Dienstleistungstransfers, durch Geldüberweisungen, etc. (). Schon jetzt leisten die Migranten z.B. in Deutschland einen beträchtlichen Beitrag zur Finanzierung des sozialen Netzes, der nach Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung allein bei den Zuwanderern zwischen 1988 und 1991 unter Abzug der Start- und Sozialhilfe, Überbrückungsleistungen etc. bei netto DM 41 Mrd. liegt (). Dem stehen allerdings die Kosten der Herkunftsländer durch den Verlust an "Human-Kapital" und die sozio-kulturellen und sozialen Kosten für die "entsendende" Familie oder Dorfgemeinschaft - und last not least für den Migranten selbst - gegenüber. Aus vielen Gründen sind daher Kosten und Nutzen der Migration kaum vollständig zu erfassen. Das gilt bereits für den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen, aber erst recht für die menschlichen Kosten: wie hoch soll beispielsweise der Schutz von Folter bedrohter politisch Verfolgter in Deutschland in Mark und Pfennig bewertet werden? Auf diese und andere Wert-Fragen kann keine noch so ausgefeilte cost-benefit-Analyse eine Antwort geben; hier sind politische und ethische Grundsatzentscheidungen gefordert. Trotzdem sollen im folgenden einige Zahlen genannt werden, die die Dimension des Problems verdeutlichen.

In Schwarzafrika übersteigt allein der Gegenwert der jährlichen Geldüberweisungen der Migranten in die Heimatländer in Höhe von geschätzten \$ 65,5 Mrd. (1989) die gesamte jährliche Entwicklungshilfe für diese Region (Russel/Teitelbaum 1992). Im Falle des Sudan wird geschätzt, daß allein die offiziellen Geldüberweisungen von Migranten in die Heimat den Gegenwert von 20 % der jährlichen Einfuhren des Landes decken (Human Development Report 1992:51). Auch die OECD hat 1986 am Beispiel der Migranten aus dem Tal des Senegalflusses im Länderdreieck Mali, Mauretanien, Senegal versucht, den Nutzen für die Herkunftsländer zu beziffern: demnach verdienen die Migranten dieses Wirtschaftsraumes pro Jahr mehr als das Zweifache des Staatshaushaltes Malis, das Fünffache des Staatshaushaltes Mauretaniens oder 61 % des senegalesischen Budgets (OECD 1986). Ein Großteil dieser Migranten sind in Europa beschäftigt, beispielsweise in Frankreich.

Ebenso wie sich die Ursachen und Auswirkungen der Migration je nach Gruppen- oder Schichtzugehörigkeit unterscheiden, so sind auch Kosten und Nutzen der Auswanderung für die Migranten schichtspezifisch. Vorschnelle Generalisierungen machen daher keinen Sinn. Nur

unter diesem Vorbehalt läßt sich sagen, daß im allgemeinen Frauen, Ungelernte, Analphabeten, alle, die nicht die Landessprache (oder zumindest Englisch) sprechen - aber eben auch Afrikaner ("Schwarze") - in Europa zu den am meisten benachteiligten Einwanderergruppen gehören, und z.B. am ehesten arbeitslos sind. Andererseits ist offensichtlich, daß die nach Europa abgewanderte afrikanische Elite ein besseres Auskommen hat, als die Masse der armen Zuwanderer aus Afrika, die in der Illegalität untertaucht, und die wegen ihrer aus der Not geborenen überdurchschnittlichen Bereitschaft, Hungerlöhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, besonders in der Landwirtschaft, Bauindustrie, Müllabfuhr oder Gastronomie Arbeit finden. Diese Gruppe stellt oft keinen Asylantrag mehr - entweder, weil er ohnehin aussichtslos ist, oder, weil der Asylantrag mit der Strafe eines mehrjährigen Arbeitsverbotes (in Deutschland 1991 aufgehoben) bedroht wird. Davon unbenommen werden viele Afrikaner sicherlich auch von den "Lichtern der Großstadt" und den relativ attraktiv erscheinenden Verdienstmöglichkeiten, besonders in den wohlhabenderen europäischen Staaten angezogen; am Rande der EG-Grenzen angekommen, bestimmen dann nicht zuletzt die erwarteten Einkommenschancen und vorhandene private oder berufsmäßige (meist illegale) Netzwerke der Arbeitsvermittlung (Schlepper) die Wahl des Aufnahmelandes.

6. Ansatzpunkte zur Lösung des Flüchtlingsproblems

6.1 Integrieren oder abschieben ? Unterschiedliche Asyl- und Einwanderungspolitik in Europa

Die europäischen Länder sind unterschiedlich vom gegenwärtigen Wanderungsdruck betroffen, was sich neben den aktuellen Einwanderungszahlen auch in dem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung äußert, der in der Schweiz (16,3 %), Belgien (9,1 %) oder Deutschland (8,2 %) relativ hoch liegt, in Italien (1,4 %), Großbritannien (3,3 %), Holland (3,4 %) oder Frankreich (6,3 %) dagegen signifikant niedriger (Garson 1992:19). Das liegt aber nicht zuletzt auch an der unterschiedlichen Einstellung und der rechts- und staatspolitischen Behandlung von Ausländern: Frankreich, Großbritannien, Italien oder Spanien sind zum Beispiel eher bereit, Ausländer einzugliedern und einzubürgern als Deutschland. Dafür sind neben den bereits erwähnten unterschiedlichen Grundlagen der Staatsbürgerschaft (völkische Blutsbande vs. auf Geburtsort gründende politische Gemeinschaft) wohl auch die jahrzehntelangen Erfahrungen der ehemaligen Kolonialmächte mit den Einwanderern aus ihren Kolonien verantwortlich. Die Assimilationspolitik Frankreichs, die geradezu zu einem Schmelztiegel der Völker führte, gilt in dieser Beziehung bei Vielen als Modell. Auch Spanien und Portugal versuchen gegenwärtig, ihre Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien zu "naturalisieren". In Portugal konnten sich bis zum Februar 1993 alle ca. 100.000 illegal im Lande lebenden Afrikaner unter dem Motto "*viva tranquilo, viva uma vida nova*", registrieren lassen. Das portugiesische Einwanderungsgesetz hat allerdings mehrere Haken: so brauchten die "Illegalen" z.B. eine Arbeitsbescheinigung, die viele Arbeitgeber aber verweigern, weil sie sonst Sozial- und Krankenversicherung nachzahlen müßten; außerdem können sich nur die Afrikaner einbürgern lassen, die vor dem 1. Juli 1986 in Portugal einwanderten, alle übrigen Illegalen sollen zwecks Abschiebung in Internierungslagern zusammengefaßt werden, etc. Das defensive Verhalten der von der Fluchtwelle erfaßten europäischen Staaten ruft zunehmend kurzfristiges, unüberlegtes Reagieren hervor: Verschärfung der Visabestimmungen, des Melderechtes oder der Arbeitserlaubnis, Sanktionen für Fluggesellschaften, Kasernierung in Auffang- und Abschiebelagern, etc.

Die bisherigen Versuche zur Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung sind - nicht zuletzt auf Grund des Kompetenz-Wirrwarrs - nicht weit gediehen; verschiedene - zum Teil sich überlappende Institutionen sind hieran beteiligt: Der Europarat (23 Staaten), die EG-Kommission (12 Staaten), die "Trevi-Gruppe" der für die Einwanderung zuständigen EG-Minister (12 Staaten), die Schengener-Gruppe (5 Staaten), die

EFTA-Gruppe (6 Staaten) und die Gruppe der skandinavischen Länder (5 Staaten). Daneben existiert noch das UNHCR-Exekutivkomitee (43 Staaten) und ein Gremium, in dem 14 Staaten aus Europa und Nord-Amerika zur informellen Beratung zum Thema Asyl und Flüchtlinge in unregelmäßigen Abständen zusammenkommen. Bezüglich der EG ist die "Europäische Kommission" als Exekutivorgan für die Verwaltung der EG-Flüchtlingshilfe zuständig. Im Rahmen des EG-Ministerrates arbeiten wiederum mehrere zwischenstaatliche Körperschaften, wie die Gruppe für Europäische Politische Zusammenarbeit oder die Ad-Hoc-Arbeitsgruppe für Einwanderung auf gemeinsame Maßnahmen hin. Ein erstes Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses waren die Dubliner Asylkonvention von 1990 sowie das Abkommen von Maastricht und Schengen. Das Schengener Abkommen enthält keine grundsätzlich qualitativ neuen Gesichtspunkte, sondern faßt lediglich die bestehende nationale Gesetzgebung auf dem jeweiligen geringsten gemeinsamen Nenner zusammen. Das Vertragswerk ist durch drei Hauptpunkte gekennzeichnet: Abschottung, Überwachung und Abschiebung (s. Röder 1993). Die zu Grunde liegende Philosophie läßt sich in dem Gedanken zusammenfassen: "je weniger Flüchtlinge, um so weniger Probleme". Zur europaweiten Erfassung der Flüchtlinge ist der Aufbau eines gigantischen Datennetzes geplant, in dem nicht nur Personaldaten, sondern auch politische Tätigkeit, Organisationszugehörigkeit, Beziehung von Flüchtlingen untereinander, etc. festgehalten und ausgetauscht werden, um somit die bereits vorhandenen nationalen Register (wie das deutsche "Ausländerzentralregister" AZR) zu erweitern und zu vernetzen. Der gläserne Flüchtling wird somit zur Realität, begründet mit der Sorge um die öffentliche Sicherheit. Lehnt ein EG-Land einen Asylantrag ab, so ist dieser Beschluß für alle Mitgliedsstaaten, die umgehend mit sämtlichen Daten versorgt werden sollen, bindend.

Um diese Abschottungspolitik effektiv zu gestalten, wird derzeit die Einrichtung eines *cordon sanitaire* von sogenannten verfolgungsfreien Drittstaaten diskutiert, in die afrikanische oder andere Dritte Welt-Flüchtlinge abgeschoben werden können. Dabei ist die Befürchtung des UNHCR nicht von der Hand zu weisen, daß dadurch die betroffenen östlichen Nachbarstaaten unter Zugzwang geraten und somit ein Domino-Effekt droht. Die auch vom Standpunkt der Rechtsstaatlichkeit zweifelhafte Ideologie des Schengener Abkommens, die den Verfassungsgrundsatz auf individuelles Asylrecht untergräbt, breitet sich somit auf Staaten wie Polen, Rumänien oder Bulgarien aus, die - als "sichere Drittstaaten" - über ihr Land eingewanderte Flüchtlinge wieder zurücknehmen müssen und dabei wirtschaftlich, sozial und politisch völlig überfordert sind. Gleiches gilt für die in Vorbereitung befindlichen "Länderlisten" sogenannter "sicherer Herkunftsländer", bei denen in Deutschland derzeit unter anderem Togo, Ghana, Gambia und Senegal im Gespräch sind. Die Schweiz und Belgien waren die ersten europäischen Staaten, die angeblich sichere Herkunftsländer wie Angola, Bulgarien, Indien und Ungarn auflisteten. Sollten solche Länderlisten im deutschen Gesetzgebungsverfahren tatsächlich beschlossen werden, so wäre das im Grundgesetz verankerte Recht der Möglichkeit zur Einzelfallprüfung eines Asylantrages allein schon durch die Inflexibilität solcher Gesetze im Falle unvorhersehbarer politischer Veränderungen im Herkunftsland praktisch ad absurdum geführt. Das Asylrecht, das primär dem Schutz politisch Verfolgter dienen soll, wird durch die Massenwanderung von Elendsflüchtlingen aus der Dritten Welt offensichtlich völlig überfordert. Es muß daher durch ein sowohl sozial als auch wirtschaftlich ausgewogenes Einwanderungsrecht ergänzt werden. Die jährlichen, nach Ländern gewichteten Zuwanderungsquoten sollten sich nicht nur an dem Wanderungsdruck aus den Herkunftsländern orientieren, sondern auch an den Möglichkeiten des heimischen Wohnungs- und Arbeitsmarktes. Eine konsequenter und schärfere Sanktionierung von Schwarzarbeit - insbesondere von Unternehmern, die Schwarzarbeiter beschäftigen - würde die Attraktivität Westeuropas als Arbeitsmarkt zusätzlich vermindern. Hinsichtlich der Einwanderungsgesetze müßte der Lage von Schwarzafrikanern, die allein schon wegen der sozialen Vorurteile gegenüber ihrer Hautfarbe und des vermutlich niedrigeren

durchschnittlichen Ausbildungsniveaus gegenüber anderen Herkunftsländern mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, gesondert Rechnung getragen werden. Solch ein Gesetz entspräche zwar nicht gerade optimal den Forderungen nach internationaler Solidarität, aber der Ruf nach "offenen Grenzen" ist selbst für die ausländerfreundlichsten europäischen Staaten illusionär.

6.2 Fluchtvermeidung durch Entwicklungshilfe und Friedensmissionen ?

Um nicht nur zu reagieren, sondern auch vorzubeugen, legte in Deutschland Bundesinnenminister Schäuble Ende September 1990 eine Konzeption vor, in der auch die Entwicklungshilfe als Mittel zur Verhinderung von Flüchtlingsströmen eingebunden ist. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es unter dem Schlagwort "Fluchtursachenbekämpfung vor Ort" eine enge Zusammenarbeit in der deutschen Innen- und Entwicklungspolitik zur Abwehr der "Asylantenströme", die sich auch im 9. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vom Januar 1993 widerspiegelt. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung der deutschen Entwicklungshilfe gegenüber den deutschen Wählern. Sicherlich steht die Entwicklungshilfe angesichts periodisch wiederkehrender Meldungen über gescheiterte Entwicklungsprojekte und angesichts der gegenwärtigen Ängste der Bevölkerung um die Sicherung ihres Besitzstandes unter großem Legitimationsdruck. Ob allerdings die Abkehr von dem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität mit den Armen und Entrechteten dieser Welt hin zur "Fluchtursachenvermeidung" solche Legitimation dauerhaft sichern kann, bleibt höchst fraglich. Und zwar erstens aus ethischen Gründen (s. Preuß 1993); zweitens begibt man sich damit auf die gleiche Argumentationsebene, wie die afrikanischen Politiker, die meinen, aus der Welle von Elendsflüchtlings nach Europa Kapital schlagen zu können, und drittens ist das Mittel "Entwicklungshilfe" schon rein technisch gesehen inadäquat gewählt: die Flucht der Afrikaner ist so nicht aufzuhalten. Nach dem Stand der internationalen Diskussion sind dämpfende Effekte der Entwicklungshilfe auf die Wanderungsbewegungen allenfalls langfristig - in zukünftigen Jahrzehnten oder gar Generationen - zu erwarten. Kurz- und mittelfristig spricht eher alles dafür, daß die Entwicklungszusammenarbeit gerade den entgegengesetzten Effekt hat: sie verstärkt die Abwanderung in die "Wohlstandsinseln" der Welt, indem sie die materiellen und kulturellen Hemmschwellen erniedrigt - zum Beispiel durch Verbesserung der Infrastruktur, der Kommunikations- und Ausbildungssysteme (s. Russel/Teitelbaum 1992; Steinacker 1992).

Davon abgesehen hätte die Beseitigung der Ungerechtigkeiten der bestehenden Weltwirtschaftsordnung - für die Europa maßgeblich mitverantwortlich ist - wahrscheinlich weitaus positivere und umfangreichere Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung in der Dritten Welt als die Entwicklungshilfe. Gleiches gilt in Bezug auf die aktuelle Diskussion um eine Beteiligung Deutschlands und anderer europäischer Länder an Friedensmissionen in Afrika. Eine konsequente Anwendung der politischen und sozialen Konditionalität in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten seitens aller europäischer Länder würde sich sicherlich nachhaltiger auf die Verbesserung der Lage der Bevölkerung in den jahrzehntelang von Europa (und anderen Staaten aus Ost und West) hofierten und aufgerüsteten autokratischen Regimen auswirken, als militärische Eingriffe zu Sicherung des Friedens oder von Nothilfeoperationen, deren Erfolg bisher zweifelhaft ist, wie das Beispiel Somalias oder der parteilichen Intervention der ECOMOG in Liberia zeigt.

7. Zusammenfassung

Flucht und Migration aus den Ländern der Dritten Welt hat in den letzten Jahrzehnten ein vorher nie gekanntes Ausmaß angenommen. Afrika ist von diesen Wanderungsbewegungen besonders stark betroffen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine Verlagerung der Flüchtlingsströme von Europa hin nach Afrika zu beobachten. Obwohl in den letzten drei Jahren der Zustrom von Afrikanern nach Europa beträchtlich angewachsen ist, sind es doch afrikanische - nicht europäische Staaten, die die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen zu tragen haben. Zudem wird gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft der Ansturm der Afrikaner auf die "Festung Europa" aller Voraussicht nach durch die Wanderungsbewegungen aus den osteuropäischen und asiatischen Ländern in den Schatten gestellt.

Sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Flucht und Migration sind je nach Gruppen- und Schichtzugehörigkeit unterschiedlich. Die ohnehin schon Armen und Entrechteten, Alte, Frauen und Kinder haben unter sonst gleichen Umständen am meisten zu leiden. Ihre Kraft reicht aber nicht mehr zur Flucht nach Europa, das nur die relativ Starken noch erreichen. Afrikanische Flüchtlinge sind in Europa aus einer Vielzahl von Gründen gegenüber ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders benachteiligt.

In dem Maße wie Flucht und Migration soziale und wirtschaftliche Probleme bei uns und in Übersee verursachen, nimmt auch das Interesse der Politiker zu, diese Probleme zu instrumentalisieren und für eigene Zwecke auszunutzen. Die Taktik einiger afrikanischer Staatsmänner, den Wanderungsdruck afrikanischer Flüchtlinge und Migranten auf Europa als Faustpfand für die Einforderung von mehr Entwicklungshilfe zu nutzen, und die Allianz der deutschen Innen- und Entwicklungspolitik in Fragen der vorbeugenden "Fluchtursachen-Vermeidung" durch Entwicklungshilfe sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille; beide Argumente halten einer empirischen Überprüfung nicht stand: Denn erstens tritt die Bedeutung der afrikanischen Wanderungsbewegungen nach Europa hinter der aus den ehemaligen Ostblockländern immer weiter zurück und macht so das Argument des "Faustpfandes" illusorisch. Und zweitens erhöht Entwicklungshilfe kurz- und mittelfristig nach allen bisherigen Erfahrungen eher die Bereitschaft der Jungen und Agilen auszuwandern. Die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme Deutschlands mit dem Zustrom von Asylbewerbern lassen sich so nicht lösen. Erforderlich ist hier eine Entlastung der Asylverfahren durch eine gerechtere Einwanderungspolitik und -gesetzgebung. Was die Entwicklungshilfe angeht, so sollte sie bei ihrem Leisten bleiben und sich weiterhin an den Oberzielen der Armutsbekämpfung, Grundbedürfnisbefriedigung und Selbsthilfeförderung orientieren, für die es bisher einen parteienübergreifenden Konsens in Deutschland gab; letzterer sollte nicht leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden, indem man nach billigem politischen Erfolg bei der Legitimierung der Entwicklungsausgaben durch "Fluchtursachen-Bekämpfung" schießt, was dann doch früher oder später von den Wählern als Täuschung erkannt werden wird.

Literatur

ECRE (1992), "Report of ECRE biannual general meeting", European Consulation on Refugees and Exilees, Madrid, April 1992

Garson, Jean-Pierre (1992), "International Migration: Facts, figures, policies", OECD-Observer, N° 176, Juni/Juli 1992

ID-Asyl (1992), N° 54, Statistik, Düsseldorf

- Körner, Heiko (1992), "Immigration aus Afrika: Herausforderung für Europa", Friedrich Ebert Stiftung, Reihe Eurokolleg 19
- OECD (1986), "Les migrations internationales Sud-Nord. Une étude de cas: les migrants maliens, mauritaniens et sénégalais de la vallée du fleuve Sénégal, en France", von J. Condé/Pap Syr Diagne, OECD, Paris
- OECD (1992), "Trends in International Migration", SOPEMI/OECED, Paris
- Pollern, H. I. v. (1992), "Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 1991", ZAR, 1992.1:24 - 32
- Preuß, H.J. (1993), "Von 'sozialer Gerechtigkeit' zur 'Fluchtursachenvermeidung'. Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit", Paper zur Veröffentlichung, Zentrum f. regionale Entwicklungsforschung, Univ. Gießen
- Richter, Roland (1992), "Flüchtlingsfragen in Afrika - Zwangsmigrationen im Rahmen größerer Entwicklungsprozesse", Otto Benecke Stiftung (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden
- Röder, Roland (1993), "Das Schengener Abkommen. Europa - das Paradies schließt die Pforten", Dritte Welt, 1993.1:10 - 11
- Rudge, Philip (1991), "Eine neue Ethik für Europa", Flüchtlinge, 1991.2:16 - 18
- Russel, Sharon / Teitelbaum, Michael S. (1992), "International migration and international trade", World Bank Discussion Paper N° 160, Washington D.C.
- Russell, Sharon / Jacobsen, Karen / Stanley, William Deane (1990), "International migration and development in Sub-Saharan Africa", World Bank Discussion Paper N° 101/102, 2 vols., World Bank, Washington D.C.
- SEF (Hrsg.) (1991), "Menschen auf der Flucht - Fluchtbewegungen und ihre Ursachen als Herausforderung an die Politik", Materialien N° 8, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- SEF (Hrsg.) (1992), "Globale Trends - Daten zur Weltentwicklung 1991", Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Steinacker, Karl (1992), "Flüchtlingskrisen - Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungszusammenarbeit", Forschungsreihe des BMZ, Band 103, Weltforum, München
- Weltbank (1989), "Sub-Saharan Africa - From crisis to sustainable growth. A long-term perspective study", Washington D.C.
- World Refugee Survey - 1992, U.S. Committee for Refugees, Washington

Endnoten

- 1) Institut für Afrika-Kunde, Neuer Jungfernstieg 21, D - 2000 Hamburg 36. Der Zentralen Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge (ZDWF), Bonn, sowie dem UNHCR-Büro in Bonn danke ich für ihre hilfreiche Unterstützung bei der Suche nach aktuellem statistischen und sonstigen Material zum Thema.
-) Mit "Afrika" bezeichne ich hier und im folgenden nur das Afrika südlich der Sahara, auch "Schwarzafrika" genannt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt wird. Zu Flüchtlingsbewegungen zwischen den Staaten Nord-Afrikas und Europa s. H. Körner (1992).
-) Gemäß der eher restriktiven UNHCR- Definition gilt derjenige als Flüchtling, der "owing to a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality (..etc), is outside the country of his nationality, and

- is unable or ... unwilling to avail himself of the protection of that country ...". - Die OAU-Flüchtlingskonvention von 1969 geht noch darüber hinaus: "The term 'refugee' shall also apply to every person who, owing to external aggression, occupation, foreign domination or events seriously disturbing the public order ... is compelled to leave ... to seek refuge in another place." (s. Russell et al 1990:117-118)
-) Diouf, in Le Figaro, 03.06.91, zitiert in Bertrand le Gendre, "Les exilés du Fleuve", Le Monde, 26.04.92
 -) Ab 1985 behandelte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf die Asylanträge zunehmend restriktiv. Die allgemeine Anerkennungsrate für alle Asylbewerber sank von 29 % im Jahre 1985 auf 6,9 % im Jahre 1991 (s. Pollern, 1992:29).
 -) In Schweden erhielten 1991 84 % der Somalier und 54 % der Äthiopier Asyl, allerdings war hier auch die Gesamtzahl der Asylbewerber weitaus geringer (s. Tab. 1) Leider liegen Anerkennungsdaten für afrikanische Asylbewerber nicht für alle europäischen Länder vor - zum Teil, wie im Falle Italiens, weil sie prinzipiell nicht für einzelne Herkunftsländer veröffentlicht werden - so daß diese Aussagen nicht unbedingt repräsentativ für das gesamte Westeuropa sind.
 -) s. Richter, 1992; OECD 1992; SEF 1991; Russell et al 1990; Weltbank 1989
 -) s. Maurice Lemoine: "Les naufragés de la migration vers le Nord", Le Monde Diplomatique, Dec. 1992, S. 22-23; Antje Bauer. "Marokko schützt Europas Südküste", die tageszeitung (taz) 21.11.92; Michel Bole-Richard. "Gibraltar, détroit de la mort", Le Monde 24.10.92; Bertrand le Gendre: "Les exilés du Fleuve: Wolofs, Toucouleurs ou Sonikés, ces émigrants africains partis 'faire la France' vivent un retour difficile", Le Monde, 26.04.92; Dominic Johnson." Afrikaner etappenweise nach Europa. Die Maghreb-Staaten fungieren als Transitländer für Migranten aus Schwarzafrika", taz, 17.02.92;
 -) s. dazu ausführlicher OECD 1992:34-48; Russell et al 1990:23-36; s. auch Weltbank 1989: 44, 160 zum Nutzen innerafrikanischer Migration)
 -) Der Spiegel, 11/1993:59/60 "Ein einzig Volk von Blutsbrüdern".

Zusammenfassung: Afrikaner flüchten vor Krieg und drohendem Verhungern, auf Grund politischer Verfolgung oder auch "nur", um ihre Verdienst- und Lebenschancen zu verbessern. Oft bestimmt mehr als ein Grund die Entscheidung der Menschen ihre Heimat zu verlassen. Die Grenzen zwischen Flucht oder Auswanderung sind fließend. Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden zum Spielball der Politiker, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld

Résumé : [*Les réfugiés et migrants africains: "le rush sur la forteresse de prospérité l'Europe"?*] Les Africains fuient la guerre et menacent de mourir de faim, à cause de la persécution politique, ou "seulement", pour améliorer leurs perspectives de revenus et de vie. Souvent, plus d'une raison détermine la décision des personnes de quitter leur domicile. Les frontières entre la fuite pour la persécution politique ou l'émigration sont fluides. Compte tenu de l'ampleur de la nouvelle migration, la misère des réfugiés a également une dimension politique centrale. Les réfugiés et les migrants deviennent les boucs émissaires des politiciens, les pions dans les échecs des groupes stratégiques (au pays et à l'étranger) pour l'influence, le pouvoir et l'argent.